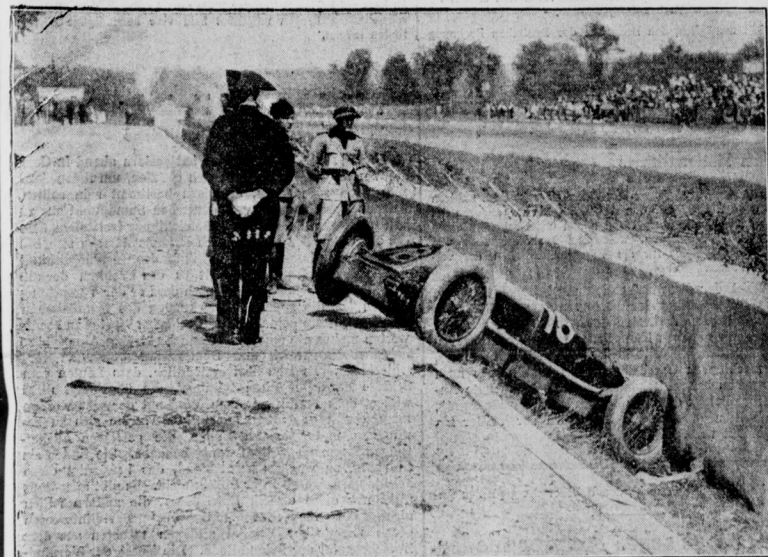


Volks-Zeitung

Appell an den Völkerbund — Komplott in Spanien Stinnes-Konzern ohne Stinnes — Vor Zeppelin-Start



P. & A.

Der Grosse Preis von Europa kostete 23 Tote
Materassis Auto nach dem Unglück auf der Monza-Bahn



Ein Kirchenfenster im unterirdischen
Schwimmbad des Excelsior-Hotels Donatk



Im Deutschen Museum (München) ist das
grösste Thermometer der Welt angebracht

Wide World



Da bin ich wieder!

Der Eiserne Gustav zieht mit seinem treuen Grasmus siegreich in Berlin ein

Gross

Internationaler Appell an den Völkerbund

Mit der Abrüstung muss endlich Ernst gemacht werden!

GENÈVE, 12. September. (W. T. B.)

Die Vertreter von elf internationalen Verbänden, darunter der Weltverband der Friedensgesellschaften, haben dem Präsidenten der Völkerbundsversammlung, Zable, und dem Generalsekretär Sir Eric Drummond einen gemeinsamen Appell überreicht, dass der Völkerbund endlich praktische Massnahmen in der Richtung auf baldige Verwirklichung der Abrüstung ergreifen sollte, was nur die logische Folge der bisherigen Vorarbeiten, der zahlreichen Schiedsverträge und ganz besonders des Kellogg-Paktes sein würde.

Präsident Zable erkannte an, dass der Völkerbund in dieser Angelegenheit noch nicht so weit vorwärts geschritten sei, wie es wünschenswert wäre. Durch die bisherigen Arbeiten sei bereits manche Schwierigkeit beseitigt worden. Für eine endgültige Lösung müsse aber das Gefühl des Friedens und der Sicherheit in der Welt sich weiter festigen.

Die Ausschüsse mitten in der Arbeit

GENÈVE, 12. September. (W. T. B.)

Die Arbeiten der Völkerbundsversammlung vollziehen sich in den nächsten Tagen ausschliesslich in den sechs Versammlungsausschüssen, in die sich die Bundesversammlung zur Be-

wältigung ihrer Tagesordnung jedes Jahr nach Abschluss der Generaldebatte über den Tätigkeitsbericht des Völkerbundsrates auflöst. Nachdem gestern nachmittag der dritte, vierte und fünfte Ausschuss ihre Arbeiten aufgenommen haben, traten heute vormittag der erste, zweite und sechste Versammlungsausschuss wieder zusammen.

Pressestimmen zur Räumungsaussprache

Im „Petit Parisien“ wird untersucht, was bei der ersten internationalen Unterredung über das Rheinland herausgekommen ist. Es ist wenig. Nach persönlichen Erklärungen Briands und Müllers wurde die deutsche und die französische These noch einmal in Ruhe auseinandergesetzt, was sehr lange dauerte, da jede Erklärung ins Französische, Englische und Deutsche übersetzt werden musste. „Wir haben uns in drei Sprachen ausgesprochen“, sagte Briand abends. Der Kanzler blieb fest in seiner Position, und einige Anregungen, die er gab, erschienen den andern als zu unbestimmt. Da aber die Basis für weitere Verhandlungen gegeben war, ist eine neue Zusammenkunft bestimmt, und der Kanzler ist gebeten worden, sich die Möglichkeit einer praktischen Lösung noch einmal zu überlegen.

Marcel Ray schreibt im „Petit Journal“: „Das Terrain ist jetzt freigebracht.“

Aus der offiziellen Vorbesprechung kann rasch eine offizielle Verhandlung werden.

Es ist nicht unmöglich, den Bedenken der Deutschen Rechnung

zu tragen, wenn auch die Deutschen sich zu einigen für uns notwendigen Arrangements verstehen.“

Das „Petit Journal“ teilt weiter mit, dass auch Louchet mit Briand zu dem Ministerrat nach Paris fahren wird.

Die Linksblätter „Volonté“, „L'Oeuvre“ und „Ere Nouvelle“ bitten die republikanischen Deutschen, die Ruhe zu bewahren und den republikanischen Franzosen, die für den Frieden gekämpft haben, auch weiterhin Vertrauen zu schenken. In diesen Blättern wird mit stärkster Betonung versichert,

dass Briands Politik nicht anders geworden ist, und dass sie sich nicht mehr ändern kann.

Der Genfer Berichterstatter des „Matin“ weist darauf hin, dass Briand an dieser neuen Zusammenkunft am Donnerstag vormittag sicher teilnehmen und dass seine geplante Reise nach Paris vielleicht nicht stattfinden werde, wenn die Unterredungen eine wirklich ermutigende Wendung nehmen sollten.

Unterredung Müller—Zaleski

GENÈVE, 12. September. (W. T. B.)

In einer Unterredung, die heute vormittag zwischen Reichskanzler Müller und dem polnischen Aussemmenminister Zaleski stattfand, wurden die zwischen Deutschland und Polen zu regelnden Fragen, insbesondere im Hinblick auf die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, erörtert. Es kam auf beiden Seiten der Wille zum Ausdruck, dass alle noch schwebenden Fragen möglichst bald eine befriedigende Lösung finden mögen.

Frontkämpfer für den Frieden

Vaterlandsliebe ohne kriegerischen Nationalismus

In Luxemburg tagt gegenwärtig ein internationaler Frontkämpferkongress, an dem Vertreter aller in den Weltkrieg verwickelten Nationen teilnehmen. Obwohl es sich bei den dort vertretenen Frontkämpferverbänden um Organisationen handelt, die durchaus national und keineswegs pazifistisch eingestellt sind, wurde eine Entschliessung angenommen, die ein klares Bekenntnis zu internationaler Verständigungsarbeit enthält.

In dieser Entschliessung heisst es u. a.: „Die Vertreter mehrerer Millionen ehemaliger Frontkämpfer gedenken in tiefer Bewegung aller Opfer des Krieges. Sie betonen ihren Friedenswillen und wünschen, dass alle zwischen zwei oder mehreren Völkern ausbrechenden Streitigkeiten, dem Schiedsgerichtsverfahren unterbreitet werden. In dem starken Bewusstsein, während des Krieges alle ihre Pflichten ihrem Vaterlande gegenüber erfüllt zu haben, überzeugt, dass das Frontgeschlecht durch sein Beispiel beweisen muss, dass die Liebe zum Vaterlande

nicht nur in der Verteidigung des Vaterlandes besteht, sondern auch in dem Willen, mit den Vaterländern der andern im Frieden zu leben, wollen sie einen neuen Geist schaffen, einen Geist gegenseitiger Achtung, wechselseitigen Vertrauens und besseren Verständnisses für die Eigentümlichkeiten der verschiedenen Völker.“

Der Geist, der diese Entschliessung beherrscht, unterscheidet sich in wohlthuernder Weise von dem anmassenden und provozierenden Auftreten des „Stahlhelm“, der sich neuerdings nur noch als Kampfruppe der schwarz-weissen Reaktion betätigt. Die wirklichen Frontkämpfer, die die furchtbaren Geschehnisse des Weltkrieges noch nicht vergessen haben, bekennen sich als überzeugte Anhänger einer Politik des Friedens und der Verständigung, weil sie wissen, dass so den Interessen der Völker am besten gedient wird.

Dumme Guillaumätzchen

Generalsgeschwätz im Rheinland

Der Kommandeur der französischen Besatzungstruppen, General Guillaumat, hat nach Beendigung der Manöver im Rheinland vor Pressevertretern eine Rede gehalten. Nach den üblichen militärischen Fachspielereien hat Guillaumat mit der traditionellen Tölpelerei eines Generals sich auch eine politische Aeusserung geleistet. Er hat gesagt:

„Wir haben der Bevölkerung, die unsere Truppen mit Sympathie aufgenommen hat, bewiesen, dass es noch eine französische Armee gibt, mit der zu rechnen ist, wenn es den Diplomaten nicht gelingt, die Konflikte zu beseitigen.“

Nach dem Bericht des „Petit Parisien“ hat der General den Pressevertretern gegenüber auch noch die Hoffnung ausgesprochen, auch im nächsten (1) Jahre im Rheinland mit ihnen zusammenzutreffen zu können.

Der Minister Painlevé, der gerade im Begriff ist, aus dem Titel seines Amtes das gefährliche Wort „Krieg“ zu streichen, wird hoffentlich dem General Guillaumat mit aller Deutlichkeit zu verstehen geben, dass die Regierung der Zivilisten eine Politik des Friedens und nicht der Drohung betreibt, und dass sie sich die Einmischung bester Schwätzer verbittet.

PARIS, 12. September.

Der Boxer Tunney, der sich zur Zeit in Paris befindet, war gestern Gast des American Clubs bei einem wöchentlichen Frühstück. Bei dieser Gelegenheit sprach der amerikanische Boxweltmeister über die französisch-amerikanische Freundschaft. Diese Freundschaft, sagte er, ist unveränderlich und tief. Die beiden Völker sind der Idee treu. Wenn aber morgen Frankreich sich in einem bewaffneten Konflikt befinden würde, würde die ganze amerikanische Jugend ihm zu Hilfe kommen, selbst wenn die amerikanische Regierung nicht offiziell in den Krieg eintreten würde.

Entlassung der Peking Sowjetrussen

PEKING, 12. September. (W. T. B.)

Wie die Blätter melden, wurden 15 Mitglieder der sowjetrussischen Botschaft, die bei der Durchsichtung der Botschaft am 6. April 1927 verhaftet wurden und bisher in Haft waren, jetzt vom Gericht für unschuldig befunden, da kein Beweis dafür vorliegt, dass sie gegenrevolutionär gewesen seien. Sie werden voraussichtlich noch in dieser Woche nach Russland abreisen.

Eine Bombe in Buenos Aires. Nach einer Meldung der Associated Press aus Buenos Aires land die Polizei in der Nähe des George-Washington-Denkmal eine nicht explodierte

Bombe. Es gelang bisher nicht, den Urheber des geplanten Anschlages festzustellen.

Stinnes legt seine Aemter nieder

Eine vielsagende Erklärung des Stinnes-Konzerns

W. T. B. verbreitet folgende Notiz:

Von den Aufsichtsräten der Stinnes-Gesellschaften wird uns mitgeteilt: Herr Hugo Stinnes jr. hat wegen der gegen ihn schwebenden Untersuchungen seine gesamten Aemter in Vorstand und Aufsichtsräten in in- und ausländischen Gesellschaften zur Verfügung gestellt. Im Einvernehmen zwischen den deutschen und amerikanischen Aufsichtsratsmitgliedern der Spitzengesellschaft des Stinnes-Konzerns, der Hugo-Stinnes-Korporation, werden die Geschäfte der Gesellschaft und Untergesellschaften von den bisherigen Leitern dieser Gesellschaften nach Anweisung durch den Aufsichtsrat weitergeführt.

Gleichzeitig wird vom Aufsichtsrat der Hugo-Stinnes-Korporation folgende Erklärung abgegeben: „Die Hugo-Stinnes-Korporation und die von ihr kontrollierten und ihr angegliederten Gesellschaften haben zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Form mit den Geschäften zu tun gehabt, die zurzeit Hugo Stinnes jr. zur Last gelegt werden.“

2 1/2 : 1 für Hoover

Wallstreet wettet

LONDON, 12. September. (W. T. B.)

„Daily Telegraph“ berichtet aus New-York, dass im Geschäftsviertel die Wetten 2 1/2 : 1 für Hoovers Erfolg bei den Präsidentenwahlen stehen. Der Korrespondent fügt hinzu, dass der Wettmarkt in Wallstreet in den letzten fünfzig Jahren nur dreimal nicht das richtige Wahlergebnis vorausgesehen habe.

Ein Vertreter der amerikanischen Arbeiterföderation erklärte, die Prohibition werde bei den kommenden Wahlen eine der Hauptfragen sein. Die organisierten Arbeiter seien für eine Abänderung des Prohibitionsgesetzes, das sich namentlich, soweit Grossstädte in Frage kämen, als ein Fehlschlag erwiesen habe.

Schnelldienst

Die Sammelbörse-Epidemie in Griechenland ist im Abflauen begriffen. Der König von Spanien ist an Bord des Kreuzers „Principe Alfonso“ heute auf seiner Reise nach Stockholm in Kiel angekommen.

Grosse französische Luftmanöver werden am 14. und 15. September in der Umgebung von Rambouillet stattfinden.

Der kanadische Rat für Handel und Arbeit verwarf einen Antrag, die kanadische Regierung aufzufordern, die Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland aufzunehmen und Rußland Kredite zu gewähren.

In Jaffa (Palästina) kam es während mehrtägiger Feiertage zu grossen nationalistischen Kundgebungen der Araber gegen die englische Mandatsverwaltung.

Abschluss des Zwischenspiels

Die Antwort an Briand

Der deutsche Reichskanzler hat gestern abend in Genf die Vertreter der Presse zu sich gerufen, um ihnen Ausführungen zu machen, die dazu bestimmt sein sollten, Briands Ausführungen von dessen Standpunkt aus zu kommentieren. Man darf mit Befriedigung feststellen, dass der Reichskanzler weder durch Briands Attacke sich als einschüchtern lassen in der Kritik an der Unzulänglichkeit der Völkerbundsarbeit, soweit es das Problem der allgemeinen Abrüstung angeht, noch dass er der Versuchung erliegen ist, die spitzen Bemerkungen des französischen Aussemmenisters seinerseits mit scharfen Worten zu beantworten und so die recht un erfreuliche Atmosphäre zwischen Frankreich und Deutschland weiter zu verschlechtern. Es ist selbstverständlich, dass Leuten vom Schlage der „Deutschen Zeitung“, die überhaupt nicht wissen, dass Politik mit dem Verstand gemacht werden muss, denen es genügt, an starken Worten sich zu betrauen und Trost zu finden, die gestrigen Ausführungen Hermann Müllers wenig behagen. Sie finden sie zu ruhig, zu wenig auftrumpfend, das befriedigt diese Mächtigen-Athleten der Politik nicht. Es gibt allerdings nicht nur diese ehrlich Entrüsteten, die andern fehlen nicht, die für ihre „nationalen“ Parteiinteressen gerne noch mehr Kapital schlagen möchten aus dem Zwischenspiel der Briand-Rede. Die Masse der Verantwortlichen wird sich freuen, dass die erklärenden Worte des Reichskanzlers den Weg nicht verbar haben für die Verhandlungen, die jetzt doch allein im Vordergrund der deutschen Interessen stehen: Die Räumung des Rheinlandes. Die gestrige erste gemeinsame Besprechung hat naturgemäss noch kein Ergebnis zeitigen können. Doch ist die Fortsetzung der Besprechungen festgesetzt worden. Von ihnen hängt mehr für Deutschland ab als von Redetourneen, bei denen Engländern nun einmal in Kauf genommen werden müssen.

Diesmal ein wirkliches Komplott?

Mehrere tausend Verhaftungen in Spanien

PARIS, 12. September. Havas meldet aus Hendaye an der spanischen Grenze: Die spanische Polizei hat wieder ein Komplott entdeckt. Zahlreiche Verhaftungen sind in Madrid und mehreren anderen Städten Spaniens vorgenommen worden.

Mehrere tausend Personen sollen bereits ins Gefängnis eingeliefert worden sein, darunter zahlreiche revolutionäre Agenten, die von den Urhebern des Komplotts auf verschiedene strategische Punkte verteilt worden seien. Allein in Saragossa seien mehrere hundert Personen verhaftet worden. Die Festnahme zahlreicher Soldaten der Origanisation scheint darauf hinzudeuten, dass

militärische Elemente an dem Komplott beteiligt seien. In Madrid sollen 320 Personen verhaftet worden sein, darunter zahlreiche bekannte Republikaner, ausserdem verschiedene kommunistische Delegierte, die zur Teilnahme an dem Kongress des spanischen Bergarbeiterverbandes erschienen seien, der gegenwärtig in Madrid tagt. Auch in Barcelona seien mehrere hundert Personen verhaftet, darunter der Brigadegeneral Lopez Acha, einer der erbittertesten Gegner des Generals Primo de Rivera.

Die Kasse des Völkerbundes

GENÈVE, 12. September.

Am 31. August sind beim Völkerbund an Beiträgen der Mitgliedsstaaten 24,4 Millionen Goldfranken eingegangen, darunter von Deutschland, das einen Beitrag von 1,9 Millionen Mark jährlich zu bezahlen hat, 1,470 000 Franken. Das Budget dieses Jahres beträgt 26,8 Millionen. Es hat sich um 1 1/2 Millionen vermehrt.

